

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa.  
Fennelstr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Rethen.

Postkontonr.: Dresden 1588  
Groschasse Riesa Nr. 52.

Nr. 2.

Montag, 4. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kasse. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundschreib-Beile (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Kellameile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demütigter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Anzeiger oder sonstiger irgendwelcher Erwerbungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Schrei nach der Regierung.

Die Lage der Dinge und damit die Ruhe im Betriebe unseres parlamentarischen Lebens sind vorüber. Der Auswärtige Ausschuss ist bereits zu einer Sitzung am Sonnabend, den 9. Januar einberufen worden. Am Dienstag, den 12. Januar beginnt der Reichstag mit seinen Sitzungen. Wenn auch auf der Tagesordnung der Parlamente zunächst noch nichts von der wichtigsten Frage der Regierungsbildung zu lesen ist, so ist es doch selbstverständlich, daß unsere Parlamentarier in den nächsten Tagen, man könnte auch sagen, in den nächsten Wochen ihr Hauptinteresse darauf richten werden. Der Stand der Regierungsbildung ist ungefähr derselbe wie er vor ungefähr 4 Wochen war. Nichts hat sich geändert, keine Einigung unter den Parteien ist bisher erfolgt. Von Vorkursen des Zentrums wird zwar berichtet, doch durch Verhandeln mit maßgebenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie die Lösung durch die große Koalition zu ermöglichen. Ob diese selbstverständlich vertraulichen Berechnungen irgendwelche neuen Tatsachen geschaffen haben, ist nicht bekannt. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokraten im Laufe der Weihnachtsferien sich zu einer anderen Ansicht durchgearbeitet haben. Ihre Entscheidung über die Regierungsbildung stützt sich ja auf den Willen ihrer Parteioptionen auf dem Lande. Wenn auch vielleicht führende Persönlichkeiten der Sozialdemokratie im Reichstag nicht ganz abgeneigt wären, jetzt etwas mildere Seiten anzulegen und die Forderungen der Partei, die den bürgerlichen Fraktionen der großen Koalition die Mitarbeit verweigert, wesentlich zurückzuführen, so werden sie letzten Endes doch nicht gegen die Mehrheit ihrer Parteigenossen aufkommen können. Die Vermählung, die große Koalition dennoch herzustellen, dürften daher nicht nur kein Ergebnis haben, sondern nur dazu dienen, die Regierungsbildung noch weiter zu verschleppen und den ganzen beherrschenden Reichsapparat in seinem jetzt so wichtigen Handeln weiter lahm zu legen.

Das Parlament hat sich bisher als unfähig erwiesen, die Regierungsbildung durchzuführen. Es wäre jetzt die Aufgabe des Reichspräsidenten, die Tat zu schaffen, zu der sich der Reichstag nicht verstehen konnte. Hindenburg ist sicherlich der Letzte, der sich der Ansicht verschließen wird, daß wir endlich aus der Zeit des Verhandeln zum Augenblick des Handelns kommen müssen. Der bisherige Reichskanzler Dr. Luther, der mit seltener Umsicht und Tatkraft während seiner Amtszeit die Geschicke des Reiches lenkte, wäre unserer Erachtens durchaus die Persönlichkeit, die im jetzigen Augenblick energisch einen Entschluß herbeiführen könnte. Wenn an ihn der Ruf des Reichspräsidenten ergäbe würde, das Kabinett aufzustellen, so würde er sich dieser Aufgabe sicherlich nicht entziehen. Er wird die Männer, die fähig sind, jetzt die deutsche Regierung zu bilden, sicherlich finden. Wenn auch anzunehmen ist, daß die Auswahl, die er treffen wird, vielleicht in gewissen Kreisen des Parlamentes keine allzu große Sympathie finden dürfte, so ist es immerhin doch recht zweifelhaft, ob der Reichstag den Mut finden wird, einer solchen Regierung die Grundlage zu entziehen, die zum Regieren notwendig ist. Schon vor der Verantwortung ist es ja letzten Endes, die die lange Dauer der Krise bedingt. Aber schließlich gibt es ja auch verantwortungsbewusste Politiker in jeder Partei, die sich die ernsthaften Folgen einer weiteren Krise oder womöglich einer Auflösung des Reichstages vor Augen halten, und die die Verantwortung hierfür auf sich zu nehmen, nicht bereit sind.

## Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten.

### Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages

Ist zu einer Sitzung am Sonnabend, den 9. Januar, einberufen worden. Er wird sich mit der in der Öffentlichkeit vielbesprochenen Völkerbundangelegenheit beschäftigen. Ferner steht auf der Tagesordnung die bekannte Affäre des Professors Strahl-Sauer, der im Auftrag des Geographischen Instituts in Sadow und mit Unterstützung der Sächsischen Regierung eine Forschungsreise nach Afghanistan unternommen hatte. Dort wurde er von einer Bande überfallen und bedroht, sodas er in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Er tötete einen Afghanen, worauf er, nach mißlungenem Fluchtversuch verhaftet wurde. Da vor einiger Zeit bereits einmal ein italienischer Staatsangehöriger aus einem ähnlichen Anlaß heimlich zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, wird die deutsche Regierung vermutlich wegen des Professors Strahl-Sauer so schnell wie möglich diplomatische Schritte bei der afghanischen Regierung unternehmen. — Der Auswärtige Ausschuss wird sich schließlich mit der Frage der Auswirkung der Locarno-Verträge beschäftigen.

### Der Reichstag.

Der am 12. Januar zusammentritt, hat noch keine fest formulierte Tagesordnung vorgelegt. Man erwartet offenbar noch bis dahin das Vorliegen neuer Tatsachen in der Frage der Regierungsbildung.

## Ein Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Reichspräsident Loebe sah am Sonnabend sämtliche im Reichstag beschäftigten ihm unterstellten männlichen und weiblichen Beamten und Angestellten in seinem Heim, dem schönen Präsidentenhaus in der Friedrich-Ebert-Straße. Er hatte alle geladen, um auch in ihrem Kreise einen Vortrag über „Amerika, das Wunderland der Technik“ zu halten. Vom Direktor des Reichstages bis zur letzten Schenkfrau

waren alle der lebenswichtigen Einladung gefolgt. In einem humordurchwärmten Vortrag schilderte Präsident Loebe die Eindrücke, die er auf der Amerika-Reise der Interparlamentarischen Union gewonnen hat. Er entwarf ein anschauliches Bild von der gewaltigen für europäische Begriffe unerhörten Entwicklung, die Wirtschaft und Verkehr im letzten Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika genommen haben. Mit der Schilderung der Betriebsweise in den riesigen amerikanischen Hotels, Fleischereien und Automobilfabriken verknüpfte der Vortragende eine Untersuchung der Frage, wie der Angestellte und Arbeiter in Nordamerika lebt. Der Durchschnittslohn des amerikanischen Arbeiters beträgt 38-40 Dollar wöchentlich, der des Qualitätsarbeiters 60-80 Dollar. Weibliche Angestellte verdienen durchschnittlich 18-20 Dollar die Woche. Bei einem Vergleich mit den Warenpreisen ergibt sich, daß Löhne und Gehälter viermal, die Preise 2 bis 2 1/2 mal so hoch sind als bei uns. Daraus erklärt sich auch, daß in Nordamerika sehr erhebliche Summen als Spargapital von den Gehalts- und Lohnempfängern angelegt sind. Reichspräsident Loebe kam zu folgenden Schlussfolgerungen: Wir sehen, daß Europa in seiner staatlichen Gestaltung eine gewaltige Aufwärtsentwicklung vorzunehmen muß, wenn es den gewaltigen Vorkurs, den Amerika in den letzten zehn Jahren vor uns gewonnen hat, wieder einholen will. Weiter habe ich aus den Vereinigten Staaten den Eindruck mitgebracht, daß dort im großen und ganzen jede Arbeit geachtet wird, ganz gleich, welcher Art sie sei. Auch derjenige, der die widerwärtigste und einkaufende Arbeit im Interesse der Gesamtheit verrichten muß, wird in dem Augenblick, wo er seine Arbeitstätte verläßt, als ebenbürtiger Bürger gewertet. Daraus sollten wir auch in Europa lernen.

Im Anschluß an den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag sprach der Direktor des Reichstages, Geh. Rat Galle, im Namen der gesamten Angestellten des Reichstages dem Reichspräsidenten den herzlichsten Dank für seine freundliche Einladung aus.

Die Versammelten waren noch längere Zeit bei einem geselligen Beisammeln die Gäste des Reichspräsidenten und seiner Gattin.

## Die Konferenz über die Arbeitslosenfrage.

Der 1. u. Wie wir erfahren, wird sich die am Montag in Berlin zusammentretende Konferenz der Reichsregierung mit den Vertretern der Länderregierungen über die Arbeitslosenfrage in erster Linie mit den zu ergreifenden finanziellen Maßnahmen zu beschäftigen haben. Die Reichsregierung wird von sich aus einen entsprechenden finanziellen Nachtrag an die Länder und Kommunen zur Unterstützung an die Arbeitslosen gewähren, während jedoch auf der anderen Seite auch die Länderregierungen aufgefordert worden sind, einen großzügigen Arbeitsplan zur produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgearbeitet. Das Reichsarbeitsministerium hat neuerdings den Vorschlag gemacht, die noch ausstehenden öffentlichen Arbeiten, insbesondere die Bauten, mit größerer Beschleunigung in Angriff zu nehmen und dadurch die Möglichkeiten für den Ausbau der sogenannten öffentlichen „Notstandsarbeiten“ zu schaffen. Die Konferenz dürfte voraussichtlich zwei bis drei Tage dauern.

## Zum Bericht des rumänischen Kronprinzen.

Paris. Einem Mitarbeiter des Excelsior erklärte Prinz Nikolaus von Rumänien, er sei nicht über die Gründe unentrichtet, die seinen Bruder zum Bericht auf die rumänische Kronkrone veranlaßt hätten, aber er könne die Nachricht demontieren, daß Kronprinzessin Helena fast erblindet sei. Sie sei zwar kurzfristig, aber nicht augenkrank.

Wie die Montagspost aus Bukarest meldet, hat der aus Buedia zurückgekehrte Minister des Hofes, Danes ein neues Schreiben des nach der Schweiz abgereisten Prinzen Carol mitgebracht, in dem Carol darum bittet, den Namen „Carol I. Monarch“ annehmen zu dürfen. Carol ist die rumänische Bezeichnung für Karl, während Monarch der Name des rumänischen Landgutes des Prinzen Carol ist. Wie verlautet, hat der Prinz drei Briefe an seine Familienangehörigen gerichtet und zwar einen an den König, einen zweiten an die Königin und den dritten an seine Gemahlin, Prinzessin Elena. Seiner Frau teilt der Prinz mit, daß er die eheliche Gemeinschaft aufgeben und nie wieder aufnehmen würde. Er gebe ihr volle Freiheit, die Scheidungsfrage einzureichen.

Bukarest. Die Agentur Orient Adso meldet: Die Zeitungen sprechen allgemein über Bedauern über den Entschluß des Prinzen Carol, dem Thron zu entsagen, aus. Es wird hervorgehoben, daß der Prinz im Laufe der letzten Jahre nun zum dritten Male seinen Entschluß erklärt hat, dem Thron und den Vorrechten des Königsreiches zu entsagen. Wie wir erfahren, sind die Beweggründe ausschließlich privat, in seiner Weise politischer Art. Die Kammer wird morgen zusammentreten, um von dem Thronverzicht des Prinzen Carol und von der Übertragung der Thronrechte gemäß den Bestimmungen der Verfassung an seinen Sohn, den Prinzen Mihail, Kenntnis zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit werden Kammer und Senat aufgefordert werden, über Verfassungen Beschlüsse zu fassen, die angesichts der neuen Lage der Dinge erforderlich werden. Der Ministerpräsident und der Justizminister sind heute nachmittag nach Sinala abgereist, um diese Verfügungen dem Könige zur Genehmigung zu unterbreiten. Kammer und Senat werden die Angelegenheit in einer einzigen Sitzung zum Abschluß bringen und sich hierauf wiederum verabschieden.

## Vor einer Offensive Abdel Krim's.

Paris. Journal veröffentlicht eine Meldung aus Khabat, nach der Abdel Krim demnächst wieder die Offensive aufnehmen will. Um einen allgemeinen Zusammenbruch seiner Streitkräfte zu vermeiden, gebe er mit den strengsten Mitteln vor. Sein Bruder halte sich gegenwärtig bei den Dschebalas auf. Er habe die Führer zusammenberufen, um die Lage zu besprechen und Maßnahmen gegen den Abfall weiterer Stämme zu den Beni Sobara zu treffen. Im allgemeinen rühmten sich die Krimisten wieder an der ganzen Front und seien entschlossen, bis zum Neuen Jahr zu kämpfen.

## Die Neuorganisation des italienischen Heeres.

Rom. Der Ministerrat hat die neue Heeresreform angenommen, über die vor einigen Tagen schon kurz berichtet wurde. Nach ihr wird auf Grund der dreistufigen Divisionen anstelle der bisherigen Divisionen von vier Regimentern die Zahl der 30 Divisionen aufrechterhalten, ein Korps mehr als früher eingeführt und die Verteidigung von Sizilien und Sardinien besonders accordiert. Damit wird es auch möglich sein, die Grenzarmeen zu verstärken. Es soll ein Teil der Divisionen immer auf einem höheren Stand gehalten werden, wodurch der andere Teil während des Jahres vorübergehend einen geringeren Stand aufweisen können. Die Dienstzeit wird im allgemeinen 18 Monate betragen. Doch kann das Kriegsdienstjahr nach einer Ausbildungszeit von mindestens sechs Monaten einen Teil der Soldaten entlassen, sofern die Begünstigten eine vorläufige Hebung mitgemacht haben, die fast ausschließlich in der Nationalmiliz geleistet werden kann. Zur Sicherung der Mobilisierung werden Mobilisierungsinstruktionen geschaffen. Die Infanteriewaffe bleibt vorläufig in Brigaden gegliedert zu drei statt bisher zwei Regimentern, wodurch die Regimenterzahl verringert wird. Außerdem ist eine Modernisierung der Bewaffnung und die Umstellung aller Verwalter-Regimenter in Stadtaber-Regimenter vorgesehen. Für die Artillerie ist eine Erhöhung der Feldgeschütze bei den Divisionen und eine Verringerung der schweren Geschütze bei den Korps und der schweren Küstenartillerie in Aussicht genommen. Die Luftabwehr wird beweglicher gestaltet, so daß sie gemeinsam in den verschiedensten Fällen verwendet werden kann. Bei der Genetruppe wird der Radiobeauftrag erheblich vermehrt werden, die Tanks erhalten eine unabhängige Organisation.

## Militärdiktatur in Griechenland.

Ministerpräsident General Pangalos proklamierte am Sonntag nachmittag in Athen eine Diktatur der Montagspost zufolge mit Zustimmung des Heeres die Diktatur. Vor der Panzergarde hielt Pangalos eine Rede, in der er erklärte, daß der Parlamentarismus eine Niederlage erlitten habe und daß der Zusammenbruch in Kleinasien auf die Rückkehr Venizelos' nach Athen im Jahre 1920 und auf die von ihm bewirkten Wahlen zurückzuführen sei. Pangalos teilte weiter mit, er wolle die angeforderten Wahlen für Senat und Kammer nicht vornehmen lassen, stattdessen hätten einige Führer der republikanischen Parteien in Genf den Bulgaren Argumente gegen ihr eigenes Vaterland geliefert. Ich werde, so erklärte Pangalos, das Vaterland allein mit Hilfe des Heeres retten. Bald wird dieses Heer zu den ersten auf dem Balkan zählen. Auch die Flotte wird mich bei meinem Wiederaufbau des Vaterlandes unterstützen, nachdem sie reorganisiert und zu unabhängigen Herren des Ägäischen Mittelmeeres geworden sein wird. Nach einer Meldung des Montag aus Athen hat die griechische Volkzeit in der Nacht zum Sonntag etwa 400 griechische Kommunisten verhaftet, die nach dem Anfall im Ägäischen Meer verschifft werden sollen. Die Verhafteten haben angeblich versucht, sich die griechischen Mobilisierungspläne zu verschaffen, um einen beabsichtigten Staatsstreich besser ausführen zu können.

## Umgruppierung der Preussischen Schutzpolizei.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Die Räumung der Kölner Zone durch englische Truppen ergab die Notwendigkeit, dieses Gebiet sofort mit genügenden Polizeikräften zu besetzen. Da nun die Volkzeit im Westen wie in Mitteldeutschland schon das Mindestmaß dessen, was zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzuweisen noch erforderlich ist, erreicht hat, mußten Polizeibeamte aus dem mit Polizei stärker versehenen Ostpreußen herausgezogen werden, zumal die durch die Entwarnungsnote bedingte Verminderung der Polizeikräfte ohnedies eine Verabredung der in Ostpreußen vorhandenen Zahl von Polizeibeamten erfordert. Eine unmittelbare Entsendung ostpreussischer Schutzpolizei nach dem Rheinland erschien weder für die Polizeibeamten noch für die dortige Bevölkerung zweckmäßig. Deshalb wird ostpreussische Schutzpolizei in Stärke von 580 Beamten nach Berlin verlegt, während Berlin genau die gleiche Zahl nach dem Westen abgibt. Irgendwelche politischen Gründe haben weder bei der Maßnahme im allgemeinen noch bei der Auswahl der Beamten eine Rolle gespielt. Im Gegenteil wird jede Härte gegenüber einzelnen Beamten tunlichst vermieden. In erster Linie werden jüngere und unversehrte Beamte verlegt. Eine Auflösung der Volkzeit-Schule Sensburg ist nicht beabsichtigt.

Man habe vor sich zu nehmen, daß die Zeitung als Werkstoff für die Presse, die die Öffentlichkeit über die Ereignisse des Tages in Kenntnis setzt, eine wichtige Rolle spielt. Man habe vor sich zu nehmen, daß die Zeitung als Werkstoff für die Presse, die die Öffentlichkeit über die Ereignisse des Tages in Kenntnis setzt, eine wichtige Rolle spielt.